

Salzhaltige Abwässer: Verwaltung prüft noch

Kreis hat nichts gegen Kalihalde

(lv) Giesen. Der Landkreis sieht derzeit keine Gründe, dem Konzern Kali und Salz eine wasserrechtliche Erlaubnis für den geplanten Kaliabbau in Giesen zu verwehren. Noch seien aber nicht alle Prüfungen abgeschlossen. In einer Vorlage für die Sitzung des Umweltausschusses am Montag (16 Uhr, Kleiner Sitzungssaal im Kreishaus) erklärt die Verwaltung detailliert, warum sie den Politikern noch keine fertige Stellungnahme vorlegen kann.

Kali und Salz hat für die geplante Fabrik die Einleitung von 200.000 Kubikmetern salzhaltiger Abwässer pro Jahr in die Innerste beantragt. Diese resultierten vor allem aus der geplanten neuen sowie der bestehenden Kalihalde. Besonders die Notwendigkeit der neuen Halde, die größer werden soll als die alte, zweifeln viele Kritiker an. Landes-Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) hatte vo-

rige Woche in Bad Salzdetfurth gesagt: „Stand der Technik ist Bergversatz, nicht Aufhaldung.“ Der Landkreis, der dem für die Genehmigung zuständigen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) bei der wasserrechtlichen Erlaubnis zuarbeiten soll, legt sich in Sachen Halde nicht fest. In der Abwasserverordnung sei ein „Stand der Technik“ für Abwasser aus dem Kaliabbau nicht definiert. Und seitens des LBEG gebe es keine Signale, dass eine Halde nicht dem Stand der Technik entspricht.

Zu prüfen seien allerdings zunächst noch die zulässigen Grenzwerte für Sulfat, zudem müsse ein aktuelles Urteil des Europäischen Gerichtshofes berücksichtigt werden. Die noch offenen Fragen ließen sich frühestens im Laufe des Mai klären, der Formulierungsvorschlag des Landkreises werde sich daher verzögern.